

rote hilfe DM 0,10 hamburg

Inhalt: Bericht vom Hoppe-Prozeß. Nachrichten und Mitteilungen · Petra Schelm. Erklärungen der RAF.

Was will die RH-HAMBURG?

Die ROTE HILFE HAMBURG wurde vor zwei Monaten gegründet. Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, Arbeiter und Angestellte, Lehrlinge und Schüler in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung auf den verschiedenen Ebenen zu unterstützen. Die stärkste Waffe, die wir im Moment in diesem Kampf haben, ist die Solidarität aller sozialistischen und fortschrittlichen Kräfte.

Unsere Arbeit hat zunächst auf bescheidener Basis begonnen; als konkrete Aufgaben haben wir bereits angegangen oder sind im Begriff es zu tun:

Rechtshilfe: Hilfe für die politisch Verfolgten, Prozeßhilfe, Unterstützung von Anwälten im gemeinsamen Kampf durch Öffentlichkeitsarbeit, Erstellung von Dokumentationen usw., Rechtsberatung in Fragen des Mietrechts, Arbeitsrechts, Ausländerrechts, Hilfe beim Durchsetzen von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten; Gefangenenhilfe (Unterstützung von Angehörigen usw.), Untersuchung staatlicher Übergriffe (Mißhandlung von Gefangenen, Praktiken der Ausländerpolizei).

Medizinische und soziale Hilfe: Erste Hilfe, Einrichtung medizinischer Beratungsstellen in einigen Stadtteilen, Koordinierung schon arbeitender Gruppen.

Organisation von Solidarität: Solidaritätskampagnen, Hilfe bei Streiks und Aussperrungen.

Gegeninformation gegen tendenziöse Berichterstattung in bürgerlichen Zeitungen.

Die ROTE HILFE wird sich nicht unter die Linie einer Partei oder einer anderen Organisation unterordnen. Wir werden aber selbstverständlich mit politisch arbeitenden Gruppen, fortschrittlichen Rechtsanwälten, Ärzten und Sozialarbeitern eng zusammenarbeiten.

Die ROTE HILFE HAMBURG organisiert die Unterstützung der Verfolgten und Inhaftierten, hilft Kollegen und Genossen in ihrem Kampf gegen die Klassengesellschaft, koordiniert die Selbsthilfe, leistet praktische Hilfestellung in medizinischen und sozialen Fragen.

Neuester Prozess- bericht 5. bis 8. Tag. (1.-4. Tag siehe Info№9 der Roten Hilfe Bln.)

5. Tag, 30.5.

Das Gericht lehnt den Antrag der Verteidigung, zwei Richter wegen Befangenheit abzulehnen, ab. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird der Verteidigung verboten, weiterhin Tonbandaufnahmen der Zeugenaussagen zumachen. An den Vortagen war es den beiden Verteidigern des Genossen Hoppe durch solche Aufnahmen gelungen, die Widersprüchlichkeiten und Verdrehungen der Polizeizeugen zu beweisen. Es ist daher unschwer zu erkennen, daß diese Maßnahme des Gerichts die Verteidigung Werner Hoppes behindern soll. Als daraufhin Unruhe und Kritik unter den Zuschauern laut wird, droht der Vorsitzende Schmidt, das Gericht werde darüber beraten, ob die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden solle. Als Werner Hoppe daraufhin aufspringt und erregt aufruft, der Vorsitzende solle endlich eine Militäruniform anziehen, damit seine Rolle deutlicher werde und daß das Gericht hier in den Chor der Aasgeier auf der Pressebank einziele, verkündet das Gericht, es werde sich außerdem überlegen, ob "Herr Hoppe" aus der Hauptverhandlung entfernt werden soll.

6. Tag, 31.5.

Das Gericht teilt den Beschluß mit, daß die Öffentlichkeit bis auf weiteres ausgeschlossen werde. Die Gerichtspolizei räumt den Saal. Die Kapitalistenpresse, die wohl konsequenterweise nicht als Öffentlichkeit verstanden wird, darf bleiben. Weiter gelingt der Kumpanei von Gericht und Polizei ein besonders geschickter Schachzug: der wohl "besseren Optik wegen" läßt das Gericht Tonbandaufzeichnungen der Verteidigung zu. Der Polizeizeuge Lavalette, der sich an der Jagd auf Petra Schelm und Werner Hoppe beteiligt hatte, verbietet daraufhin der Verteidigung von seinen Lügen und Verdrehungen Aufnahmen zu machen und bezeichnet dies als sein "höchst persönliches Recht". Lavalette verwickelte sich in seinen Aussagen in auffällige Widersprüche: Während er früher angegeben hatte, er habe gesehen, wie Hinzmann Petra Schelm "in Notwehr" erschossen habe, will er heute plötzlich nichts mehr gesehen haben. Als Ausgleich dafür sagt er heute aus, er habe Werner Hoppe schießen gesehen, als dieser aus dem BMW sprang. Dagegen hatte erfrüher angegeben, daß er bei der Schießerei in Deckung gegangen sei, und habe erst dann Schüsse gehört. Wenn er sich auch sonst täuschen könnte (!), so kann er sich doch ganz bestimmt an die Schüsse Werner Hoppes auf ihn erinnern, denn das sei ein "unauslöschliches, schreckliches Erlebnis" gewesen. Warum er jedoch von diesem "schrecklichem Erlebnis"



Genosse Werner H O P P E,
der "Angeklagte"

→
ROTE-HILFE-HAMBURG

Kontakt: Tel.: 41 74 84

Spendenkonto:

Dresdner Bank Hamburg

84 539 333 Rote Hilfe/H. Reiser

(Fortsz. S.1): früher nichts berichtet hatte, daß kann er nicht erklären. Es gibt noch mehr solche Widersprüche: bei früheren Vernehmungen hatte der Kronzeuge ausgesagt, er habe gesehen, wie Werner Hoppe auf den Polizisten Hamann geschossen habe; heute erinnert er sich nicht mehr daran. Er gibt an, als Werner Hoppe auf ihn geschossen haben soll, sei über ihnen ein Hubschrauber in zehn Meter Höhe geflogen. Es bleibt sein Geheimnis, wie er in diesem Krach einen Pistolenschuß hat hören können. Zu allem Jammer der Anklage verwickelt Lavalette sich dann noch in weitere Widersprüche, als er versucht, die beiden unterschiedlichen Aussagen unter einen Hut zu bringen: erst sagter, seine früheren Aussagen seien wohl glaubwürdiger, denn damals sei noch nicht soviel Zeit seit den "Ereignisse" verflossen; dann meint er wieder, seine heutigen Aussagen seien doch genauer, da er damals noch zu aufgeregt gewesen sei und unter Schockwirkung gestanden habe. Dann fügt er hinzu, er habe generell ein schlechtes Gedächtnis. Schließlich gibt er zu, daß ihm beim Abfassen seines Berichts am 15.7.1971 andere Polizisten in "stilistischen Fragen", in Fragen des "chronologischen Aufbaus" und "Formulierungsfragen" behilflich waren.

7.Tag, 1.6.

Werner Hoppe und seine Verteidiger stellen den Antrag zur Wiederzulassung der Öffentlichkeit. Begründung: Das Gericht dulde als "Öffentlichkeit" ausschließlich die kapitalistische Monopressen, schließe aber die kommunistische Öffentlichkeit, die durch Teile der Zuschauer vertreten wird, aus. Bei den entscheidenden Zeugenaussagen, nämlich L. und Hinzmann, der Mörder von Petra Schelm, wird die Öffentlichkeit weiter ausgeschlossen. Das ist der Beitrag des Gerichtsvorsitzenden zur Vertuschung des Mordes an Petra Schelm.

Inzwischen hat die Polizei aus den Fehlern und "Unsicherheiten" ihres Kronzeugen L. gelemt: Der zweite Polizeizeuge Hinzmann sichert sich im voraus ab mit dem Hinweis, daß die "Ereignisse" schon so lange her seien, er sich nicht mehr erinnern könne. Er könnte daher nur oberflächliche Schilderungen geben. Trotzdem tritt H. so sehr auf großem Fuße und so "sicher" auf, daß sich einem jeden im Saal der Eindruck aufdrängt, es ginge ihm darum, seine Verunsicherung aus seiner eigenen Widersprüchlichkeit zu überspielen. Bei dem Mordkommando war er der große Held. Mit seiner MP, die auf Dauerfeuer gestellt war, hat er sich auf den Beifahrersitz gestellt und oben aus dem Schiebedach mit ihr "herumgefuchelt". Überhaupt sagt dieser Mörder ganz im Sinne der Anklage aus: Werner hat er zweimal schießen gesehen, nicht gehört. Wenn es sein muß, hilft auch hier der Vorsitzende mit unverfänglichen Formulierungen, die er H. geradezu in den Mund legt, nach. Im übrigen hat auch H. seinen Bericht über die "Ereignisse" unter Aufsicht des Einsatzleiters geschmiert, um sie ihm schließlich mit der Frage, ob "der Geschehnisablauf so seine Richtigkeit habe", zur Billigung vorzulegen. So bleibt der Mord an Petra weiter im Dunkeln der kapitalistischen Klassenjustiz.

8.Tag 2.6.

Während der letzten Nacht ging bei dpa eine Drohung ein. Ein Familienmitglied eines Richters oder eines Geschworenen soll angeblich entführt werden. Zwei Geschworene erklären sich daraufhin für befangen. Sie wollen die "Verantwortung" des Verfahrens nicht mehr tragen. Was ihr eigentlicher Grund ist, wenn sie die erste beste Gelegenheit nutzen, aus dem Prozeß auszusteigen, weiß kein Arsch.

Die Springer-"Welt" vom 2.6. bringt in hetzerisch demagogischer Weise, die angeblichen Entführungsdrohungen in direkten Zusammenhang mit der ersten Reaktion Werners, als die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde: ...also raus auf die Straße und kämpfen!

Der Gerichtsladen ist voll von Zivilbulln. Sie begleiten einen sogar zum Scheißen. Trotzdem sehen sie dauernd Gespenster. Obwohl jeder, der den Laden betritt, zweimal durchsucht wird, wird das Gerichtsgebäude um 10.00 Uhr wegen einer Bombendrohung geräumt. Es passiert nicht, das Verfahren kann weiter laufen.

Zu den Verleumdungen der Springerpresse sagt Werner Hoppe, daß seine Äußerung "raus auf die Straße und kämpfen" niemals eine Bedrohung einzelner Geschworener oder ihrer Familienmitglieder bedeuten kann. Er wollte nur andeuten, daß sich der Kampf außerhalb des Gerichts fortsetzen würde. Er, Werner Hoppe, oder jeder Kommunist, werde niemals Drohungen an unbeteiligte Familienmitglieder oder gar Kinder richten. Dies ist die Methode der Reaktion und der Faschisten. Der Springerpresse, aber nicht nur ihr, ginge es darum, auch die Atmosphäre im Gerichtssaal zu hysterisieren. Darum stellt die Verteidigung den Antrag, die Springerpresse von der Verhandlung auszuschließen. Rechtsanwalt Reinhard stellt fest, daß die Berichte in der "Welt" vom laufenden Tage eine Schweinerei seien. Ein Teil ist Lüge, der andere ist Dreck. Dennoch bringt der Staatsanwalt die Frechheit auf, diesen Weltartikel mit den Flugblättern der Roten Hilfe zu vergleichen. Der Antrag auf Ausschluß der Springerjournalaille wird abgelehnt.

Die Farce kann weiterlaufen. Hinzmann soll weiter aussagen, er hat sich aber "zum Arzt abgemeldet". Dann erscheint er doch, augenscheinlich gesund, mit einer Erklärung von Dr. Karo, Behörde für Inneres, Ärztlicher Dienst. Diese Erklärung versetzt ihn in den Krankenstand. Er ist nicht vernehmungsfähig. Der Vorsitzende dazu: wir dürfen Hinzmann jetzt auf keinen Fall vernehmen, "möglicherweise trägt er sonst bleibende, schwere seelische, körperliche Schäden davon". Dabei kann jeder sehen, auch wenn er sonst gar nichts sieht,

daß es bei diesem Trick darum geht, dem Mörder Hinzmann genügend Zeit zu bieten, damit er sich seine Aussagen zurechtlegen kann, schon früher gefallene zurechtzustutzen oder sogar, ihn völlig aus dem Prozeß zurückzuziehen. Damit wäre erreicht, daß sich H. den Fragen der Verteidigung Hoppes nicht mehr zu stellen hat.

(Wir werden in unserer nächsten Nummer über den Ablauf des Schauprozesses weiter berichten)

- FORDEKT DIE ÖFFENTLICHKEIT IM HOPPE-PROZEß !
- KAMPF DEN MAUSCHEL-PRAKTIKEN DER KLASSENJUSTIZ !
- SOLIDARITÄT IST UNSERE WAFFE !
- FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !
- WIR WERDEN SIEGEN !
- ALLE MACHT DEM VOLKE !



Eigendruck im Selbstverlag
Rote Hilfe Hamburg
Winfried Wunderlich 2 HH 20, Eppendorfer Landstr. 71

Die Klassenjustiz führt einen Prozeß gegen Werner Hoppe
Die Klassenjustiz tut alles, um die Vorgeschichte dieses Prozesses zu vertuschen
Am 15. Juli 1971 wurde Petra Schelm von der Hamburger Polizei ermordet

WAS GESCHAH AM 15. JULI?

Seit nunmehr 2 Wochen "läuft" der Hoppe-Prozeß. Seit nunmehr 2 Wochen sehen wir die verzweifelten Versuche des Staatsanwalts, unterstützt durch "Interpretationen" des Richters mittels manipulierter und widersprüchlicher Zeugenaussagen die Konstruktion eines vierfachen Mordversuches zu verkaufen. Dabei wird immer deutlicher, was uns vorher schon klar war: Auf die Anklagebank gehört nicht Werner Hoppe, auf die Anklagebank gehören Polizei und Justiz. Denn was geschah am 15. Juli 1971?:

Gegen 9.15 Uhr lief im norddeutschen Raum in und um Hamburg die Aktion Cora, die größte militärische Polizeiaktion nach dem Krieg an. Hamburger und Schleswig-Holsteinische Polizei, zusammen mit den Einheiten des Bundesgrenzschutzes eine aus 3000 mit Maschinenwaffen ausgerüsteten Beamten bestehende Bürgerkriegstruppe, unterstützt mit allen technischen Mitteln bis hin zu Hubschraubern, "probte" in Hamburg den Ausnahmezustand. 15 Hauptstraßen der Stadt wurden abgesperrt, BMW-Fahrer und Insassen im Rahmen der Aktion für "vogelfrei"

erklärt. Gegen 14.15 Uhr bestand die aufgebaute Mordmaschinerie ihre Probe: Ein blauer BMW durchbrach die Absperrung an der Stresemannstraße. Polizei in Streifenwagen und Hubschraubern verfolgten den Wagen. Im Barenfelder Kirchweg ließen die Insassen, Petra Schelm und Werner Hoppe ihr Auto stehen und flüchteten zu Fuß vor den Einsatzkommandos. Der Einsatzbefehl der Polizei, je nach Situation gezielt zu schießen, kam zur Ausführung: "Da zog der Beamte den Abzugsbügel seiner Maschinenpistole durch. Von einer Kugel unter dem linken Auge getroffen brach die Frau auf dem Bürgersteig tot zusammen." (Hamb. Abendbl. 16.7.71)

Die Aktion hatte das Ergebnis gebracht, das von Wegbereitern, Initiatoren und Ausführenden, den Springers, Genschers und Ruhnaus vorausgesehen war. Der Rahmen, in dem die Aktion ablief, stellte von vornherein klar, daß Liquidierungen nicht vermeidbar und von den Verantwortlichen auf jeden Fall nicht unerwünscht waren.

Erklärungen der RAF zu den Bombenanschlägen.

Am Donnerstag, den 11. Mai 1972 - dem Tag, an dem die Bombenblockade der US-Imperialisten gegen Nordvietnam begann - hat das "Kommando Petra Schelm" im Frankfurter Hauptquartier des V. Armee-Corps der amerikanischen Streitkräfte in Westdeutschland drei Bomben mit einer Sprengkraft von 80 kg TNT zur Explosion gebracht.

Für die Ausrottungsstrategen von Vietnam sollen Westdeutschland und Westberlin kein sicheres Hinterland mehr sein. Sie müssen wissen, daß ihre Verbrechen am vietnamesischen Volk ihnen neue, erbitterte Feinde geschaffen haben, daß es für sie keinen Platz mehr geben wird in der Welt an dem sie vor den Angriffen revolutionärer Guerilla-Einheiten sicher sein können.

Wir fordern den sofortigen Abbruch der Bombenblockade gegen Nordvietnam

Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam

Wir fordern den Abzug sämtlicher amerikanischer Truppen aus Indochina

Für den Sieg des Vietcong!

Die revolutionäre Guerilla aufbauen!

Habt Mut zu kämpfen - habt Mut zu siegen!

Schafft zwei drei viele Vietnam!



ROTE ARMEE FRAKTION - 14. Mai 1972

Am Freitag den 12. Mai 1972 hat das "Kommando Thomas Weisbecker" im Polizeipräsidium in Augsburg und im Landeskriminalamt in München drei Bomben zur Explosion gebracht. - Thomas Weisbecker ist am 2. März in Augsburg im Zuge einer lange vorbereiteten Überraschungsaktion von einem Exekutionskommando aus Münchener Kripo und Augsburger Polizei ohne Anruf und ohne noch irgendwie reagieren zu können, ermordet worden. Die Polizei hat Thomas Weisbecker bewußt nicht gefangen genommen, sonder erschossen.

Die Fahndungsbehörden haben nunmehr zur Kenntnis zu nehmen, daß sie keinen von uns liquidieren können, ohne damit rechnen zu müssen, daß wir zurückschlagen werden. Die Schutzpolizei, die Bereitschaftspolizei, die Kripo, der Bundesgrenzschutz und ihre behördlichen und politischen Auftraggeber haben zur Kenntnis zu nehmen, daß ihre Anstrengungen, die sozialen Probleme dieses Landes faschistisch zu "lösen" - durch die Aufrüstung der Polizei, durch die Militarisierung der Klassenkämpfe, durch rücksichtslosen und hinterhältigen Schußwaffengebrauch - auf Widerstand stoßen werden. Das gilt auch für Polizeieinsätze wie beim Münchner Bankraub, beim Kölner Bankraub, wie gegen den Tübinger Lehrling Epple, gegen ausländische Arbeiter.

Die Taktik und die Mittel, die wir anwenden, sind die Taktik und die Mittel des Guerilla-Kampfs. Die Innenminister und die Bundesanwaltschaft schätzen die Situation falsch ein, wenn sie glauben, sie mit ihren Exekutionskommandos beherrschen zu können. Es ist das Wesen der Guerilla, daß sie - weil sie für die Interessen des Volkes kämpft - durch militärische Aktionen nicht ausgelöscht werden kann und ihre Handlungsfähigkeit sooft wiedererlangen kann, wie sie sie zeitweilig verlieren mag. Der brutalen Selbstherrlichkeit der Fahndungsbüros, dem "kurzen Prozeß" der Faschisten setzen wir den schrittweisen Aufbau der revolutionären Guerilla entgegen, den langen und langwierigen Prozeß des Befreiungskampfes vom Faschismus, von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes.

Kampf den Exekutionskommandos der Polizei!

Kampf der SS-Praxis der Polizei!

Kampf allen Ausbeutern und Feinden des Volkes!

ROTE ARMEE FRAKTION - 16. Mai 1972

Fortsetzung siehe vorletzte Seite →

Erklärungen der RAF Forts.

Am Montag, den 16. Mai 1972 hat das "Kommando Manfred Grashof" einen Sprengstoffanschlag gegen den Karlsruher BHG-Richter Buddenberg durchgeführt. Buddenberg ist der beim Bundesgerichtshof zuständige Haft- und Ermittlungsrichter für die wegen §129 laufenden politischen Verfahren.

Buddenberg, das Schwein, hat Grashof zu einem Zeitpunkt vom Krankenhaus in die Zelle verlegen lassen, als der Transport und die Infektionsgefahr im Gefängnis noch lebensgefährlich für ihn waren. Er hat den Mordversuch an Grashof, der den Bullen nicht gelungen ist, an dem wehrlosen Grashof wiederholt.

Buddenberg, das Schwein, ist dafür verantwortlich, daß Carmen Roll narkotisiert worden ist, um sie zum Reden zu bringen. Der voraussehbare Verlauf der Narkose hat bewiesen, daß es ein Mordversuch war.

Buddenberg, das Schwein, kümmert sich einen Dreck um geltende Gesetze und Konventionen. Die strenge Isolation, in der die Gefangenen gehalten werden, um sie psychisch fertig zu machen: Einzelhaft, Einzelhofgang, Redeverbot mit Mitgefangenen, permanente Verlegungen, Arreststrafen, Beobachtungszelle, Briefzensur, Unterschlagung von Briefen, Büchern, Zeitschriften - die Maßnahmen, mit denen sie physisch fertiggemacht werden: grelle Zellenbeleuchtung nachts, häufiges Wecken und Durchsuchen, Fesselung beim Hofgang, körperliche Mißhandlungen - das sind nicht die Schikanen von kleinen, frustrierten Gefängniswärtern, das sind Buddenbergs Anordnungen, um die Gefangenen zur Aussage zu erpressen. Das ist der bereits institutionalisierte Faschismus in der Justiz. Das ist der Anfang von Folter.

Wir verlangen, daß ab sofort die Untersuchungshaftvollzugsordnung, die Genfer Menschenrechtskonvention, die Charta der Vereinten Nationen bei der Durchführung der U-Haft der politischen Gefangenen angewendet werden. Wir verlangen von der Justiz, daß das Leben und die Gesundheit der Gefangenen nicht länger systematisch angegriffen und zerstört werden.

Wir werden sooft und solange Sprengstoffanschläge gegen Richter und Staatsanwälte durchführen, bis sie aufgehört haben, gegen die politischen Gefangenen Rechtsbrüche zu begehen. Wir verlangen damit nichts, was für diese Justiz unmöglich wäre. Andere Mittel, um sie dazu zu zwingen, haben wir nicht.

Freiheit für die politischen Gefangenen !

Kampf der Klassenjustiz !

Kampf dem Faschismus !

ROTE ARMEE FRAKTION , 20. Mai 1972

Gestern, am Freitag den 19. Mai 1972 um 15 Uhr 55 sind zwei Bomben im Springer-Hochhaus in Hamburg explodiert. Weil trotz rechtzeitiger und eindringlicher Warnungen das Haus nicht geräumt worden ist, sind dabei 17 Menschen verletzt worden. Um 15 Uhr 29 ist unter der Nr. 3471 die erste Warnung durchgegeben worden mit der Aufforderung, das Haus wegen Bombenalarm binnen 15 Minuten zu räumen. Die Antwort war: Hören Sie auf mit dem Blödsinn. Es wurde aufgelegt. Zweiter Anruf um 15 Uhr 31: Wenn Sie nicht sofort räumen, passiert etwas Fürchterliches. Aber die Telefonistinnen hatten offenbar Anweisung, solche Anrufe nicht zu beachten. Der dritte Anruf um 15 Uhr 36 ging an die Bullen: Sorgen Sie, verdammt nochmal, dafür, daß endlich geräumt wird. Weil der Springer-Konzern die Tatsache, daß er gewarnt worden ist, nicht unterschlagen kann, verdreht er die Nachricht: Es sei nur ein Anruf gewesen und der sei zu spät gekommen. Zwei Telefonistinnen und die Bullen können bestätigen, daß der Springer-Konzern einmal mehr lügt.

Springer ging lieber das Risiko ein, daß seine Arbeiter und Angestellten durch Bomben verletzt werden als das Risiko, ein paar Stunden Arbeitszeit, also Profit durch Fehlalarm zu verlieren. Für die Kapitalisten ist der Profit alles, sind die Menschen, die ihn schaffen, ein Dreck. - Wir bedauern, daß Arbeiter und Angestellte verletzt worden sind.

Wir fordern von Springer:

daß seine Zeitungen die antikommunistische Hetze gegen die Neue Linke, gegen solidarische Aktionen der Arbeiterklasse wie Streiks, gegen die kommunistischen Parteien hier und in anderen Ländern einstellen;

daß der Springerkonzern die Hetze gegen die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt einstellt, besonders gegen die Arabischen Völker, die für die Befreiung Palastinas kämpfen, daß er seine propagandistische Unterstützung für den Zionismus - die imperialistische Politik der herrschenden Klasse Israels - einstellt;

daß die Springerpresse aufhört, über die ausländischen Arbeiter hier rassistische Lügenberichte zu verbreiten.

Wir verlangen, daß die Springerpresse diese Erklärung abdruckt.

Wir verlangen nichts Unmögliches. Wir werden unsere Aktionen gegen die Feinde des Volkes erst einstellen, wenn unsere Forderungen erfüllt sind.

ENTEIGNET SPRINGER !

ENTEIGNET DIE FEINDE DES VOLKES !

Kommando 2. Juni

ALLE ARTEN VON UNGEHEUERN WERDEN VERNICHTET WERDEN !

Im Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa in Heidelberg sind gestern abend, am Mittwoch den 24. Mai 1972 zwei Bomben mit einer Sprengkraft von 200 kg TNT explodiert. Der Anschlag wurde durchgeführt, nachdem General Daniel James, Abteilungsleiter im Pentagon, am Mittwoch in Washington erklärt hatte: "Für die US-Waffe bleibt bei Bombenangriffen künftig kein Ziel nördlich und südlich des 17. Breitengrades ausgenommen". Am Montag hatte das Außenministerium in Hanoi die Vereinigten Staaten beschuldigt, dicht besiedelte Gebiete in Nordvietnam bombardiert zu haben.

Die amerikanische Luftwaffe hat in den letzten 7 Wochen mehr Bomben über Vietnam abgeworfen als im Zweiten Weltkrieg über Deutschland und Japan zusammen. Von weiteren Millionen Sprengstoffen ist die Rede, die das Pentagon einsetzen will, um die Nordvietnamesische Offensive zu stoppen. Das ist Genozid, Völkermord, das wäre die "Endlösung", das ist Auschwitz.

Die Menschen in der Bundesrepublik unterstützen die Sicherungskräfte bei der Fahndung nach den Bombenattentätern nicht, weil sie mit den Verbrechen des amerikanischen Imperialismus und ihrer Billigung durch die herrschende Klasse hier nichts zu tun haben wollen, weil sie Auschwitz, Dresden und Hamburg nicht vergessen haben, weil sie wissen, daß gegen die Massenmörder von Vietnam Bombenanschläge gerechtfertigt sind, weil sie die Erfahrung gemacht haben, daß Demonstrationen und Worte gegen die Verbrechen des Imperialismus nichts nützen.

Wir fordern die Einstellung der Bombenangriffe auf Vietnam.

Wir fordern den Abbruch der Minenblockade gegen Nordvietnam.

Wir fordern den Abzug der amerikanischen Truppen aus Indochina.

Wir werden unsere Anschläge gegen die Massenmörder von Vietnam fortsetzen bis zum Sieg des Vietcong.

Wir fordern die Militanten in der Bundesrepublik auf, in ihrem politischen Kampf gegen den US-Imperialismus alle amerikanischen Einrichtungen zum Ziel ihrer Aktionen zu machen.

SOLIDARITÄT MIT DEM VIETNAMESISCHEN VOLK !

ZERSPLITTERT UND ZERSCHLAGT DIE KRÄFTE DES AMERIKANISCHEN IMPERIALISMUS !

SIEG IM VOLKSKRIEG !

Kommando 15. Juli Rote Armee Fraktion

Die beiden aus Buchstaben zusammengestückelten Bombendrohungen für den 2. Juni, den nächsten Freitag in Stuttgart stammen nicht von der Roten Armee Fraktion. Die echten Erklärungen der Kommandos der Stadtguerilla sind ihrem Inhalt und ihren Formulierungen nach bei einem Vergleich mit anderen Veröffentlichungen der RAF leicht als authentisch zu identifizieren. Sind sie auf Schreibmaschinen geschrieben worden, die die Bullen schon kennen.

Die falschen Erklärungen stammen ihrem Inhalt, ihrer Absicht, ihrem Geist, ihrer Machart nach eher von den Bullen selbst.

Das wissen die Bullen. Das wissen die Springerjournalisten, die sie vorbehaltlos publiziert haben. Das wissen Filbinger, Krause und Klett. Sie treffen ihre vorsorglichen Maßnahmen nur zum Schein, um neue Polizeiaktionen vorbereiten, um den Nervenkrieg auf die Spitze zu treiben.

Weil die Fahndungsbehörden bei der Bevölkerung keine Resonanz finden, greifen sie jetzt zu Mitteln faschistischer Provokation. Man muß ihnen zutrauen, daß, wenn sie bis Freitag keine Fahndungserfolge haben - ihre Killrate nicht erfüllt - sie die Verbrechen, die sie angekündigt haben, auch durchführen werden. So wie Springer sein Haus nicht räumen ließ, obwohl er selbst sagt, daß er die Anschläge gegen sich hat kommen sehen. So wie die Nazis den Reichstag in Brand gesteckt haben, und den Sender Gleiwitz selbst überfallen haben. Man muß ihnen zutrauen, daß sie noch mehr Erklärungen und Anschläge dieser Art vorhaben.

Wir sind für die Verbrechen der Faschisten nicht verantwortlich.

Die Aktionen der Stadtguerilla sind gegen die Institutionen des Klassenstaates, des Imperialismus, des Kapitals gerichtet. Sie werden niemals gegen die arbeitende Bevölkerung gerichtet sein, gegen Menschen, die mit den Verbrechen des US-Imperialismus nichts zu tun haben. Sie sind gegen die gerichtet, die so maßlose Anschläge gegen die Bevölkerung planen, wie sie in den gefälschten Erklärungen angekündigt worden sind, wie sie jetzt täglich vom US-Imperialismus gegen das Vietnamesische Volk begangen werden.

KAMPF DEN FASCHISTEN !

ZERSPLITTERT UND ZERSCHLAGT DIE KRÄFTE DES IMPERIALISMUS !

ENTEIGNET SPRINGER !

Rote Armee Fraktion - 29. Mai 1972

An die Nachrichtenredakteure der westdeutschen Presse, soweit sie nicht Springerpresse ist und der Rundfunk- und Fernsehanstalten:

Willi Brandt hat in seiner Fernsehansprache am 26.5. behauptet, für die Bombenattentate der letzten Woche gebe es keine einsehbare politische Begründung, das Leben Unschuldiger sei durch sie gefährdet worden. Der Bundeskanzler konnte mit diesen Behauptungen die Bevölkerung täuschen, weil die westdeutsche Presse die Erklärungen der Kommandos der Stadtguerilla nahezu vollständig unterschlagen hat.

Statt dessen hat die Frankfurter Rundschau einen zusammengesetzten Brief verbreitet - dessen Charakter als Fälschung bei einem Vergleich mit authentischen Veröffentlichungen der RAF offensichtlich ist - um den Eindruck zu vermitteln, die Bombenattentäter seien Wirkköpfe, die chaotisch handeln, was die Bevölkerung in der Tat beruhigen müßte. So unterscheidet sich die Erklärung des Kanzlers in nichts von ähnlichen Erklärungen der Generale Franco und Pattakos, von Howeida, den Nachfolgern Salazars, der türkischen Militärdiktatur: nicht der Inhalt der Sache, nur ihre Verurteilung durch Kanzler und Kommentator ist bekannt gemacht worden.

Die Gründe für das Verfahren liegen auf der Hand: Die Erklärung des Kommandos Thomas Weisbecker würde jeden einzelnen Polizisten dazu bringen, auch einmal darüber nachzudenken, ob er sich an der Fahndung nach der Roten Armee Fraktion aktiv beteiligt oder nicht; Nachforschungen würden ergeben, daß das Kommando 2. Juni den Springer-Konzern rechtzeitig gewarnt hat, daß Springer wie immer lügt; die Bevölkerung, die aus ihrer eigenen Geschichte weiß, was Völkermord ist, und Bombenterror gegen Zivilbevölkerung könnte sich ihre eigenen Gedanken machen über die Bombenanschläge gegen die Massenmörder von Vietnam; über den Faschismus des Springer-Konzerns; und es könnte kein Zweifel daran aufkommen, daß die Bombenanschläge ausschließlich gegen die Feinde des Volkes gerichtet sind, die Feinde der Arbeiterklasse, die Feinde des Vietnamesischen Volkes, die Imperialisten. "Wir sitzen alle in einem Boot" ist seit jeh die Parole der Ausbeuter und Faschisten.

Springer hat unter der Drohung weiterer Bombenanschläge die an ihn gestellten Forderungen, wenn auch verstümmelt, publiziert.

Die übrige Presse muß wissen, daß sie selbst Aktionen gegen den Springer-Konzern provoziert, wenn sie sich aufgrund des ökonomischen Drucks, der von Springer ausgeht, freiwillig und opportunistisch dessen Zensurpraxis unterwirft.

Wir fordern sie deshalb auf, die Bevölkerung nicht länger über den politischen Inhalt der Bombenanschläge zu täuschen, d.h. die Situation nicht unnötig zu verschärfen.

Wir fordern sie auf, diese Erklärung, die Erklärung des Kommandos Thomas Weisbecker, die Erklärung des Kommandos 2. Juni, des Kommandos 15. Juli vollständig abzudrucken.

DEM VOLKE DIENEN !

ENTEIGNET SPRINGER !

Rote Armee Fraktion - 28. Mai 1972

ERSCHOSSEN:



15. 7. 1971. Ein Schuß neben das Auge hat die 20jährige Petra Schelm getötet

VERFAHREN EINGESTELLT!
